



Kann man Experten (und Politik) vertrauen? – Ein Beispiel aus Gorleben

Internationaler Atommüllkongress 13. März 2014, Zürich.
Herausforderungen der Atommüllentsorgung
in der Schweiz und im Ausland.

Mathias Edler

Politikwissenschaftler

„Lüchow-Dannenberg war die ärmste Region von Niedersachsen; da war die Welt zu Ende. Die Idee war: Das ist die Chance.“

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Endlagerprojekte in Deutschland

Gorleben: Salz; 1977 benannt für HAW, MAW und LAW; gepl. für > 1.600 Castoren 1986-2013 untertägig ausgebaut unter dem Deckmantel der wissenschaftl. Erkundung. Oberird. Zwischenlager, PKA

Gorleben ☠

Konrad: Erzgrube; Beginn Planfeststellung 1982; Einlagerung ??; gen. Einlagerungsvol. 303.000 m³ LAW

Konrad ☠ ☠ ☠ Morsleben
Asse

Morsleben: Salz, havariert, Einlagerung 1971-1998 37.000m³ LAW/MAW

Asse: Salz, havariert, Einlagerung 1967-1978; 126.000 Gebinde LAW/MAW

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Politisches Problem - fast unlösbar

+++ 37 Jahre nur EIN Standort festgelegt: Gorleben.

+++ Keiner will den Atommüll haben! Im Zweifel, ob Müll in eigenen Heimatregion kommt, immer Votum für Gorleben

+++ 37 Jahre Interessensgezerre in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden

Suchverfahren muss Interessen

1. zur Kenntnis nehmen, anstatt sie zu leugnen,
2. strukturell eindämmen, der Sicherheitsmaxime unterstellen und kontrollieren,
3. Vertrauen schaffen!

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Atommüllfrage:

Herausforderung für Demokratie

- +++ Entscheidungen müssen über Legislaturen von Bestand sein, aber über Generationen korrigiert werden können
- +++ Zeithorizonte nicht vergleichbar mit alltagspolitischen Fragen
- +++ nicht durch Zusammenführen von unterschiedlichen Standpunkten im Kompromiss lösbar
- +++ Sicherheit ist alleiniger Maßstab und nicht verhandelbar!
- +++ Beteiligung potentiell betroffener Bürger an Entwicklung des Suchverfahrens kann nicht durch Stellvertreterpolitik ersetzt werden.

Asse

Beginn der bundesdeutschen Endlagerlüge

Studie über die bisherigen Laugenzuflüsse auf den Asse-Schächten
und die Gefahr eines Wasser- oder Laugeneinbruchs in das Gru-
bengebäude des Schachtes II

K. Kühn, K. Klarr und H. Borchert

Gesellschaft für Strahlenforschung mbH München
Institut für Tief Lagerung Clausthal-Zellerfeld

Der geologische Aufbau des Asse-Sattels und das darin angelegte Grubengebäude Asse II lassen tatsächlich keinen Wasser- oder Laugeneinbruch von außen befürchten.

Aus allen im Hauptteil näher gekennzeichneten Gegebenheiten läßt sich schließen, daß die Gefährdung für die Schachanlage Asse II durch Wasser- oder Laugeneinbrüche als minimal anzusehen bzw. mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sogar auszuschließen ist. Vielmehr läßt sich die diesbezügliche Situation -- gerade auch im Vergleich mit anderen deutschen Salzvorkommen -- als durchaus günstig bezeichnen.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Asse „Forschungsbergwerk“ - hier: „Versturztechnik“



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Wasserzutritt durch Einlagerungsmaßnahmen,
Transport in die Biosphäre

von H.-H. Jürgens, 1980*)

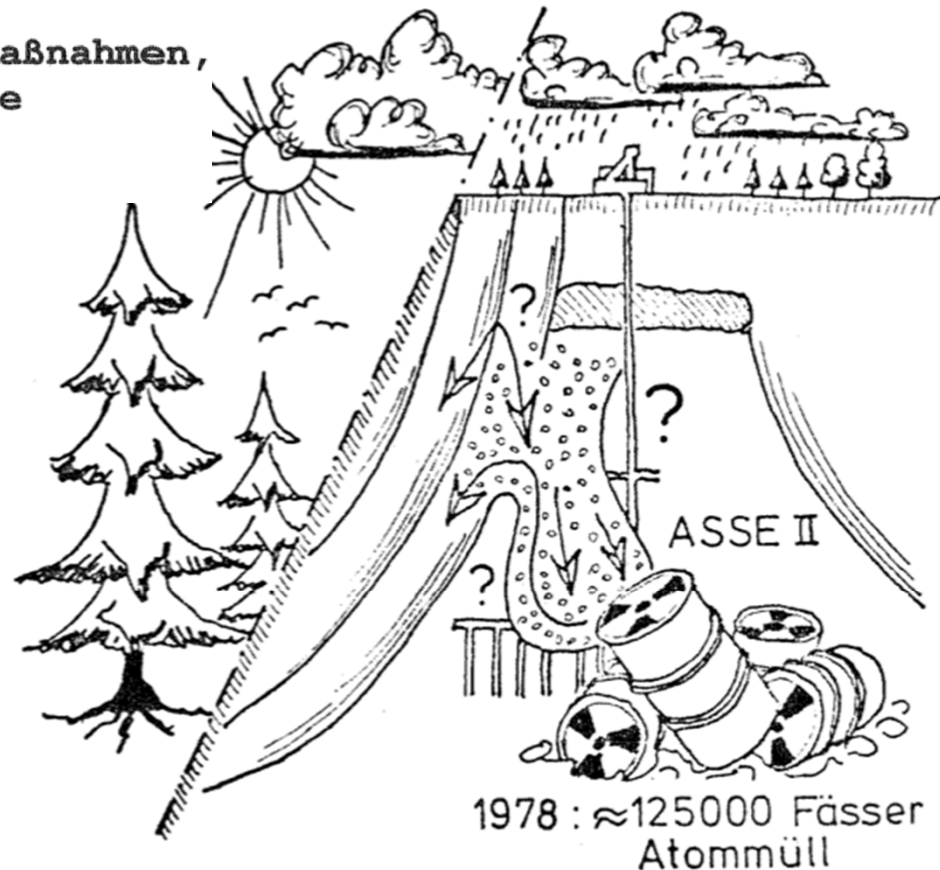
Asse

+++ 1965: Erste Warnungen
OBA

+++ 1979/1980
Wissenschaftl. Expertise
erstickt

+++ 2008/2009
„aufgedeckt“!

+++ Geschätzte Sanierungs-
kosten: 6-8 Mrd. EUR



"Immer noch hat also der alte Vers der Salz-
bergleute seine tiefere Bedeutung:

ES GRÜNE DIE TANNE, ES WACHSE DAS SALZ,
GOTT HALTE UNS ALLEN DAS WASSER VOM HALS".

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Asse

Prototyp für Gorleben

Die angebliche Infragestellung der Sicherheit der Versuchsanlage Asse wegen der Lagerung hochradioaktiver Stoffe beruht allerdings vollends auf einer Mißdeutung der eigentlichen Zweck- und Zielbestimmung der Anlage: In der Tat ist es sinnfälligerweise erklärtes Ziel der Bundesregierung (BMFT), die Technik der Endlagerung hochaktiver Abfälle gerade in der Versuchsanlage zu entwickeln und zu erproben. Aufbauend auf den Ergebnissen dieses Versuchsprogramms sollen die dann für sicher erkannten und bestätigten endgültigen Techniken für das Endlager Gorleben definiert werden. Wesentliches Sicherheitskriterium der Versuchsprogramme ist, dass keine Maßnahmen zugelassen werden, deren Folgen aus sicherheitlicher

Abteilungsleiter RS

Bonn, den 14. Februar 1978

Hausruf: 4298

8 d A 0131

065456

Original schlecht lesbar

Herrn Minister

Durchschriften:

Über

Herrn Staatssekretär Dr. Hartkopf

Herrn Parl. Staatssekretär Baum

Herrn UAL RS I

mit der Bitte um Wahrnehmung der einzelnen Punkte, wie anlässlich Vorgespräch vom 14. 2. 78 vereinbart

RS I 1

RS I 7 ✓

Betr.: Gespräch zwischen Herrn Minister und Herrn Ministerpräsident Albrecht zu Gorleben

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Die Akte Gorleben

KIEL, 27.05.1982

Obertägige

GUTACHTEN DR. KLAUS DUPHORN :

Erkundung 1:

Quartärgeologisches Fazit
=====

+++ Ein Experte
mit Zweifeln ...

Wir verkennen nicht den komplexen interdisziplinären Charakter der Endlager-Forschung. Wir verkennen auch weder die planerischen Interessen bei der Vor-Auswahl eines Endlager-Salzstocks noch das Primat der Montan-Wissenschaften bei der untertägigen Weiter-Erkundung.

Andererseits darf man aber auch das Primat der "klassischen Geologie bei der obertägigen Vor-Erkundung nicht verkennen. Denn ein Salzstock ist ein geologisches Gebilde, das sich in erdhistorischen Raum- und Zeit-Dimensionen entwickelt hat und weiterentwickelt. Diese Dimensionen, namentlich den geologischen Zeitfaktor, kann auch der beste Ingenieur bei seinen Kurzzeit-Experimenten im Labor oder vor Ort nicht simulieren. Im übrigen läßt sich ein Salzstock auch nicht politisch steuern; er bewegt sich meistens von allein.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Die Akte Gorleben

Obertägige Erkundung 2:

Vernichtendes
Ergebnis „kein
wasserabdichten-
des Deckgebirge“
ohne
Konsequenzen!

5) Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, der bis auf 133 m an die Erdoberfläche heranragt, der auf einer Fläche von ca. $7,5 \text{ km}^2$ von einem quartären Rinnen-Aquifer (mit einem über 40 km^2 großen Einzugsgebiet) überlagert wird und in dessen quartären Deckgebirgs-Grundwasserleitern die Salinitäts-Verteilung örtlich auch in der Gegenwart noch nicht im Gleichgewicht ist.

Kurzum: Aufgrund der vorliegenden quartärgeologischen Gesamtinterpretation, bei der auch die quartäre Dynamik und Kinematik des Salzstocks Gorleben im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten berücksichtigt wurde, können wir gemäß der o.g. PTB-Maxime (VIEHL 1980) nur einen einzigen Ratschlag geben:

"Erkundung anderer Lagerstätten!"

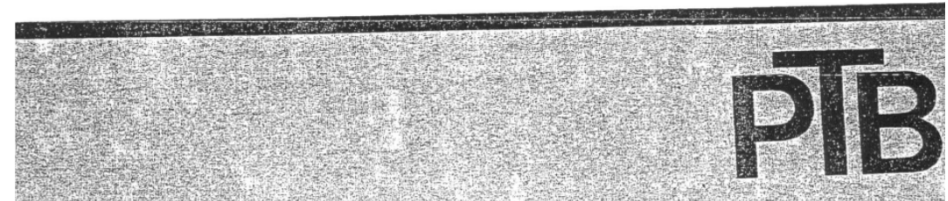
GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

Zusammenfassender Zwischenbericht über bisherige
Ergebnisse der Standortuntersuchung
in Gorleben

PTB-Zwischenbericht 1983: Gasvorkommen nur isoliert im Salzstock - Gorleben „eignungshöffig“

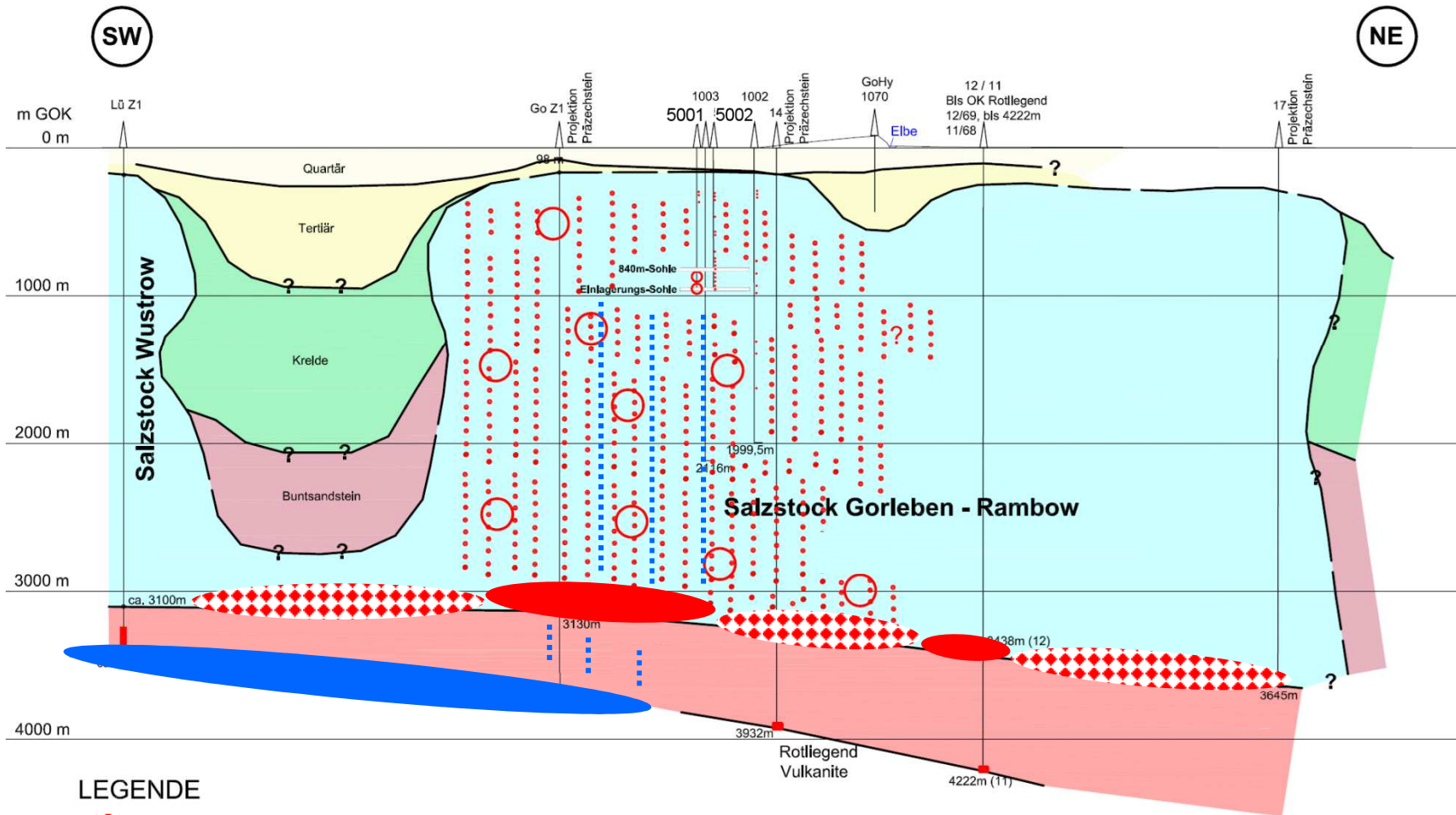


Zusammenfassend ergeben die Untersuchungen, daß die in dem Salzstock auftretenden Gase nicht aus dem Präzechstein unter dem Salzstock abgeleitet werden können. Sie sind vielmehr im Salzstock selbst durch Crackprozesse aus den Kondensaten gebildet worden. Auch die Kondensate entstammen nicht dem Präzechstein. Ein Eindringen von Kohlenwasserstoffen in den Salzstock von außen aus mesozoischen Serien ist unwahrscheinlich. (...)






Über ein Gasvorkommen bei Lenzen (nördlich der Elbe) liegen keine zuverlässigen Informationen vor. Es handelt sich hier aber offenbar nicht um eine Gaslagerstätte, denn in den entsprechenden Unterlagen der DDR wird hier keine Gaslagerstätte angegeben /17/.

GREENPEACE

www.greenpeace.de



LEGENDE

-  Gasquellen im Untergrund, anzunehmende Vorkommen
-  Gasquellen im Untergrund, belegt durch Bohrungen
- 
-  Gasbläschen, salzgebundene Gase (anzunehmende Verteilung)
-  freie Gasaustritte

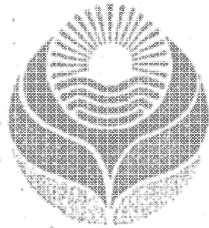
Salzstock Gorleben-Rambow SW-NE-Profil		
Auftraggeber: GREENPEACE		
gezeichnet: RFS		Maßstab:
Dateiname: SW-Ne-Profil	BRUG GmbH Büro für Rohstoff- und Umweltgeologie <small>Zoostraße 45, 24146 Kisl, Tel. 0431-60844-10 Fax: 0431-60844-20, email: brugg@brug.de</small>	Datum: 28.10.10
Projekt: 849		Anlage:

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

Aut. 2



BMU - Pressemitteilung

12

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

+++ BGR Salzstudie 1995
- Gorleben gar nicht
beteiligt!

38/95
Bonn, 28.08.1995

Bundesumweltministerin Merkel stellt Studie zu Ersatz standorten für nukleare Endlager vor

Merkel: Salzstock Gorleben bleibt erste Wahl

x

Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel hat heute die Untersuchungsergebnisse einer Studie zu potentiellen Ersatzstandorten für das geplante Endlager Gorleben vorgestellt. Die Untersuchung

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

+++ BGR Salzstudie 1995 - Pressestrategie

① Auf Anfrage soll man HZRS wissen muss, dass die Entwürfe des Berichtes eingeleitet werden an - BfW/BfB

HZRS hofft, dass die Sache ohne Kreis

erhalts und Billigung des weiteren des Gesprächs über nicht verläuft.

② Da das aber im Voran nicht auszusprechen ist, habe ich mit Frau Sahler wegen einer Offensive - Presse - Strategie gesprochen. Frau Sahler steht auch im Kontakt zu HZRS

Die BGR die Entwürfe der zwei

Referat RS III 6
RS III 6 - 15700/3

12. 5. 95/60

Bonn, 19. Mai 1995
Hausruf: 2956

2015
Ministerbüro
Tagbuch Nr.
Eing. 30. Mai 1995
Abt./Post.
Kopie vorab

. 267143

Frau Ministerin
über

Herrn Staatssekretär Jauck

Herrn Abteilungsleiter RS

Herrn Unterabteilungsleiter RS III

Abdruck ohne Anlagen:
Herrn PST Hirche
Herrn PST Klinkert
Referate (P) Z II 3
und Z II 4

J. Neumann 4/12
16/14

GREENPEACE

www.greenpeace.de

SWF 3/18.07.95/12.15/ha
-EXTRA DREI-

Akte Gorleben

BGR Salzstudie 1995

Dr. Angela Merkel

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit,

zu einem Gutachten über die mögliche Atommüll-Endlagerung in Baden-Württemberg

+++ BMU Merkels Interpretation

Merkel: Das Gutachten werden wir vorstellen, wenn es fertig ist. Das Wichtigste aus diesem Gutachten ist aber, daß es keinen Standort in der Bundesrepublik Deutschland gibt, der besser geeignet ist als der derzeitige Standort Gorleben, und daß deshalb dieses Gutachten aus geologischer Sicht zu der Meinung kommt, daß man Gorleben weiter erkunden sollte, aber jetzt keine Erkundung von neuen Lagerstätten vornehmen sollte, weil wir keinen Anhaltspunkt haben... Und das war ja genau der Grund zu sagen, kuckt doch mal, ob es vielleicht in der Bundesrepublik andere Möglichkeiten gibt, die besser sind als Gorleben. Genau das wird nicht herauskommen...

Merkel: Das ist nicht die Aufgabe der Gutachter. Die Gutachter sollen die geologischen Voraussetzungen dafür prüfen, ob in Deutschland Standorte besser oder genau so gut geeignet sind wie Gorleben. Und die Gutachter sagen: Gorleben ist hervorragend geeignet und aus ihrer Sicht gibt es keinen Grund, jetzt neue Erkundungen aus geologischer Sicht anzustreben. Was politische Entscheidungen angeht, wie man sie zum Beispiel in Energiekonsensgesprächen finden müßte, das können diese Gutachter gar nicht machen. Das war auch nicht ihre Aufgabe.



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

BGR Salzstudie 1995

+++ Greenpeace-Studie beweist das Gegenteil!

1. Untersuchungsausschuss der
17. Wahlperiode
Eingang: 0 i. Juni 2012
Tgb.-Nr. 570

KURZSTUDIE

Die Bewertung des Standortes Gorleben mittels Kriterien, die von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zur Untersuchung und Bewertung von Salzformationen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle aufgestellt wurden

Im Auftrag von Greenpeace Deutschland e.V.

Intac – GmbH: Kurzstudie - Bewertung von Gorleben mittels

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss
der 17. Wahlperiode

- **Der Salzstock Gorleben wurde in der Studie der BGR nicht berücksichtigt. Bewertet man Gorleben mittels der in der BGR-Studie entwickelten Kriterien zum Deckgebirge, kommt man zu dem Ergebnis, dass Gorleben wohl kaum als untersuchungswürdig anzusehen ist und folglich auch nicht in der Spitzengruppe der vier Salzstöcke (s.o.) auftauchen würde.** Dies gilt selbst dann, wenn man alle Kriterien zum Wirtsgestein Salz und zur Nutzung des Wirtsgesteinskörpers und seines Umfeldes – wie in dieser Kurzstudie geschehen - positiv bewertet.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

+++ Festlegung der Erkundungsbereiche nach Besitzverhältnissen
 - Politik überstimmt Experten

Bundesamt für Strahlenschutz

Az.: ET 1:3
 Betr.: Gorleben

Kurzmitteilung

Reg-2.M.A-PM-350 1/2 25/8

Postanschrift: Bundesamt für Strahlenschutz, Postfach 100149, 51030 Salzgitter

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
 Stilleweg 2

30655 Hannover
 EPL Gorleben 29

Eing.: 17. AUG. 1993

Tgb.-Nr. 11664/93

Vorg.

Ihr Az.: Herrn Dr. Jaritz
 Unser Gespräch vom 30.06.93
 Als Anlage übersenden wir mit der Bitte um
 Kenntnisnahme Verbleib
 Prüfung und Stellungnahme wie tel. besprochen
 Unterzeichnung bis
 Rückgabe Erledigung
 Weiterleitung zuständigkeithalber

Anbei Protokoll zur Beratung
zur alternativen Vorgehensweise
bei der Erkundung Gorleben
M.f.G.

Anlagen 2 Datum 16.08.93 Unterschrift [Signature]

Ein Umfahren der Bereiche der Kirchengemeinden ist aus bergtechnischer Sicht unproblematisch, aber aus geologischen Gründen nicht mit dem bisherigen Konzept vereinbar.

Gegen ein Umfahren spricht aus geologischer Sicht, daß eine nach geologischen Verhältnissen optimierte Auffahrung nicht möglich ist. Das Durchörteren des Hauptanhydrits wird dann nicht auszuschließen sein, was dem Gesichtspunkt der Risikominimierung widerspricht. Technisch gesehen ist es sicherlich machbar, aber während der Betriebs- und Nachbetriebsphase des Endlagers wären **Sicherheitsprobleme** nicht auszuschließen.

...

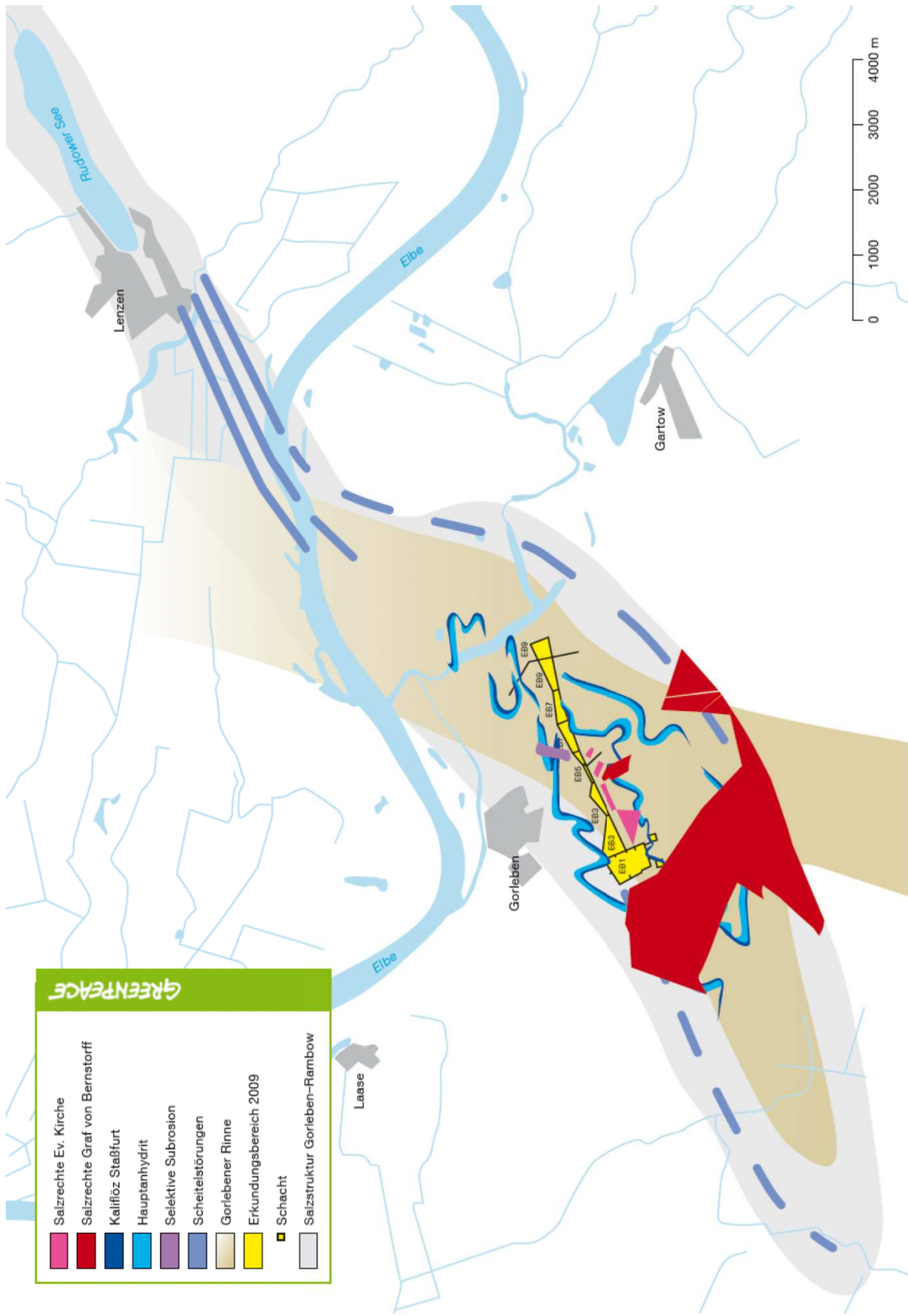
Eine Umfahrung der Grundstücke bedeutet ein geologisches Risiko und kann zu Verzögerungen führen.

...

Die Eignungshöflichkeit ist gemindert.

GREENPEACE

www.greenpeace.de



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

Zwei Auswahlverfahren, eine „Nachbewertung“ - die Suche nach einem Nuklearen Entsorgungszentrum (NEZ)

KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gesellschaft)

Auftraggeber +++ Bundesministerium für Forschung und Technologie

Zeitraum +++ 1974-1976

Ergebnis +++ Börger, Lutterloh, Lichtenhorst

Akten +++ vorhanden

KEWA Nachbewertung

Auftraggeber +++ ???

Zeitraum +++ zwischen Winter 1975 und Herbst 1976

Ergebnis +++ Gorleben

Akten +++ Fragmente, in IMAK-Verfahren nicht abgeheftet

IMAK (Interministerieller Arbeitskreis)

Auftraggeber +++ Niedersächsische Landesregierung

Zeitraum +++ 08/1976-02/1977, Kernzeit: 16.11.-7.12.1976

Ergebnis +++ Gorleben

Akten +++ vorhanden

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

Prof. Dr. G. Lüttig
Vizepräsident der BfB und des NfB

Hannover, den 30.9.1974

Prof. Dr. R. Wager
Leitender Direktor i.R. des NfB

+++ GORLEBEN +++ nicht unter den letzten acht Standorten in der
einzigsten Studie mit Endlagerbezug

Archiv
Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung

75996

Feasibility-Studie über präsumtive Standorte
einer Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe

Die Standorte sind:

Ahlden <i>/Wahlmühlens</i>	Blatt 3220 TK 25	} Niedersachsen
Börger <i>/Wahlmühlens</i>	" 3010 + 3110 TK 25	
Fassberg <i>/Wahlmühlens</i>	" 3026 + 3027 TK 25	
Uchte	" 3419 " 3519 TK 25	
Lüttau	" 2529 TK 25	Schleswig-Holstein
Oberwesel <i>in SW St. Georg</i>	" L-5910 TK 50	Rheinland-Pfalz
Mahlberg <i>in Klein</i>	" L 5910 TK 50	Baden-Württemberg
Sohlhöhe <i>in M. M. M.</i>	" L 5922 TK 50	Bayern

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

IMAK-Verfahren - drei Wochen Zeit

103

1. Auftrag an Ressorts:

- Erarbeitung einer Kabinettsvorlage zur Herbeiführung einer vorläufigen Standortentscheidung
- Darlegung des Kabinettsbeschlusses v. 16.11.76:

1.6 Strengste Vertraulichkeit

1.7 Drei Wochen Zeit

2. Zeitplan:

2.1 Kabinettsitzung am 14.12.76

2.2 Kabinettsvorlage am 7.12.76

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Vergraben und vergessen?

+++ GORLEBEN +++ Gorleben taucht erst im November 1976 auf:
„neu: LK Lüchow-D.“

Bsp. am 18.11.76

KEWA hatte 3 Stöcke vergraben
Kohlen
Kübeln
Wärmeisolation
Kammer und Türrahmen
neu: LK Lüchow-D.

Prozeduren: 7-8 Handarbeiten
→ Bohrloch
→ Ermittlung möglicher Risiken
→ Freibleibungsstudie

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

+++ 1979 Aufgabe der WAA: Beispiel für Ehrlichkeit in der Politik

DR. BRNST ALBRECHT
NIEDERRÄCHSISCHER MINISTERSPRÄSIDENT

An den
Bundestag der
BRD
Herrn Helmut Schmidt
Postfach 120 535

5300 Bonn 1

RS 57-514604/19.1 279

HANNOVER, DEN 8. Juni 1979

PLANCHENGRASSE

1) Dr. Schöber z.B.
2) z.d.A. Ag
zu 21.8.
revidiert
Ullrichs wachst
z.B. ist nicht
mehr in einem
Lassen
10.20.8.

11. 1979
L-E-4

093278

herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat.

Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird.

Um es mit den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion zu sagen, daß das Nein zur Wiederaufarbeitungsanlage "kein Ja in Wartestellung ist".

Ich habe deshalb Vokabeln wie "für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben", "für diese Generation", "für

diese Politiker-Generation" gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann. Entscheidend ist, daß die Arbeiten zur Vor-

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akte Gorleben

+++ Zitat aus CDU/CSU/FDP-Fazit PUA 2013:

„Nach Auswertung der Akten, Anhörung der Sachverständigen und Würdigung der Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss haben die Ergebnisse von 30 Jahre Gorleben- Erkundung nie Anlass gegeben, an der Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen zu zweifeln. Die Sicherheit stand immer an erster Stelle. (...)

Auch die Entscheidung für den Salzstock Gorleben als Erkundungsstandort für ein mögliches Endlager im Jahr 1977 ist nachvollziehbar, schrittweise und nach wissenschaftlich abgesicherten Kriterien erfolgt. Sie entsprach nicht nur dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik, sondern war auch aus heutiger Sicht geradezu beispielhaft und fortschrittlich.“

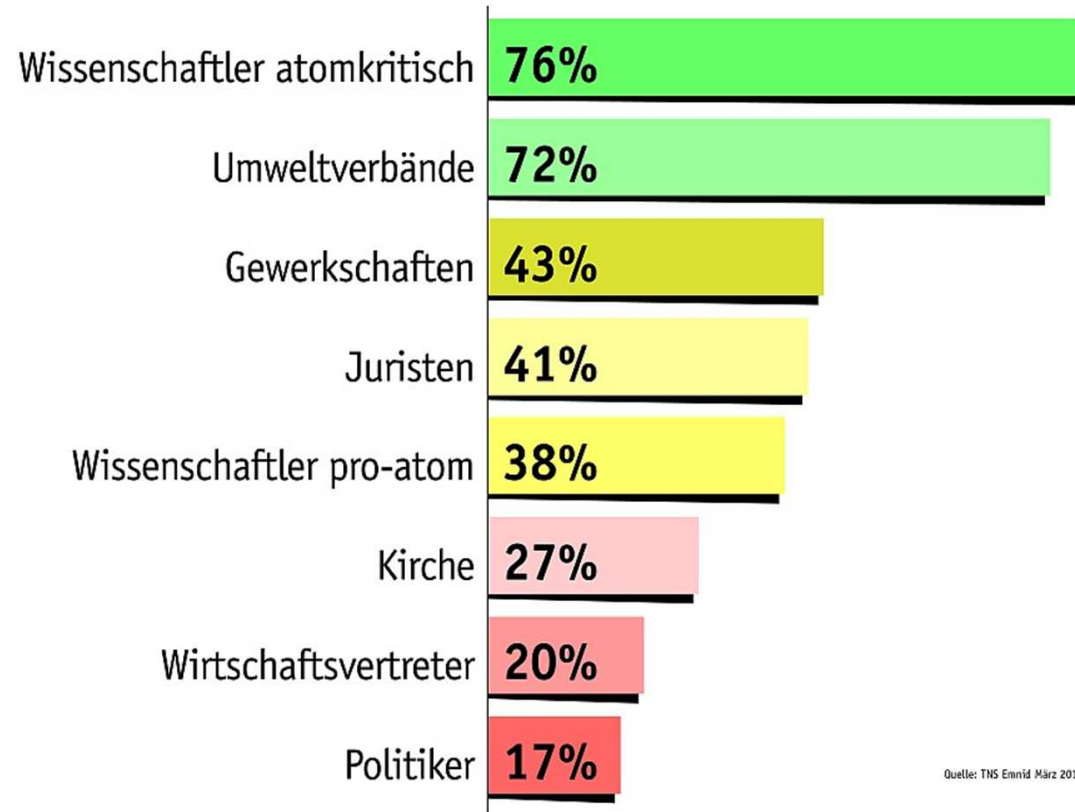
GREENPEACE

www.greenpeace.de

Umfrage zur Kommissionsbesetzung

Für wie vertrauenswürdig halten Sie die folgenden Gruppen im Hinblick auf das Thema Atommüll?
10.03.2014

+++ Bringschuld hat Politik und nicht die Umweltverbände



Quelle: TNS Emnid März 2014

Eine im Auftrag der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt durchgeführte repräsentative Emnid-Umfrage zeigt, wem die Menschen in Sachen Atommüll vertrauen.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

GREENPEACE

www.greenpeace.de

„Standortauswahlgesetz“

Neustart oder Absicherung der Gorleben-Entscheidung durch Einführung des StOes in ein neues Auswahlverfahren?

- +++ Unnötige Zementierung eines mangelhaften Verfahrens per Gesetz (politische Bindungswirkung)
- +++ „Vergleichs“verfahren ohne Festlegung einer Mindestanzahl zu erkundender Standorte - dafür Gorleben drin
- +++ Bundesamt für kerntechnische Entsorgung: Schaffung einer Superbehörde unter dem Deckmantel der Entflechtung, die das Durchregieren von oben nach unten ermöglicht
- +++ Keine Fehlerkorrektur im Verfahren vorgesehen
- +++ Bürgerinformation statt -beteiligung auf Stand 1970er Jahre

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Kommission - Chance oder Feigenblatt?

- +++ Falscher Zeitpunkt im Suchverfahren, ersetzt nicht gesellschaftliche Debatte an den Standorten VOR Entscheidungen
- +++ Besetzung nach parteipolitischem Proporz entlang der Gorleben-Frontlinie anstatt nach Qualifikation, Integrität. Keine internationale Besetzung.
- +++ Entscheidung über Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen zugleich Entscheidung über Gorleben, Bildung höchstmöglicher Sicherheitskriterien damit ausgeschlossen
- +++ 2/3 Quorum für Empfehlungen an Bundestag verhindert grundsätzliche Korrekturen am StandAG bereits im Voraus
- +++ Inkonsistent : Gleiche Fragestellungen d. Forschungsverbundes Enria bis 2017 - Kommission bis 2015
- +++ Aufgaben nicht annähernd in 2,5 Jahren abzuarbeiten.

Die Kommission § 3 StandAG

§ 3

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

(1) Zur Vorbereitung des Standortauswahlverfahrens wird eine „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ (Kommission) gebildet. Sie besteht aus

1. einem oder einer Vorsitzenden,
2. acht Vertreterinnen oder Vertretern aus der Wissenschaft, zwei Vertreterinnen oder Vertretern von Umweltverbänden, zwei Vertreterinnen oder Vertretern von Religionsgemeinschaften, zwei Vertreterinnen oder Vertretern aus der Wirtschaft und zwei Vertreterinnen oder Vertretern der Gewerkschaften sowie
3. acht Mitgliedern des Deutschen Bundestages, wobei jede Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten ist, und acht Mitgliedern von Landesregierungen und

hat somit 33 Mitglieder. Der oder die Vorsitzende und die Mitglieder nach Satz 2 Nummer 2 werden auf der Grundlage eines gleichlautenden Wahlvorschlages von Bundestag und Bundesrat gewählt. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages werden auf Grundlage eines gemeinsamen Wahlvorschlages von den im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen und die Mitglieder der Landesregierungen auf Grundlage eines gemeinsamen Wahlvorschlages vom Bundesrat bestimmt. Für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Mitglieder der Landesregierungen wird eine gleiche Anzahl von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern bestimmt. Die Mitgliedschaft endet durch Verzicht oder Neuwahl. Die Kommission wird beim federführenden Ausschuss des Deutschen Bundestages eingerichtet; sie wird bei der Durchführung ihrer Aufgaben von einer Geschäftsstelle unterstützt. Diese Geschäftsstelle wird vom Deutschen Bundestag eingerichtet.

(2) Die Kommission hat insbesondere einen Bericht nach § 4 vorzulegen, in dem sie die für das Auswahlverfahren relevanten Grundsatzfragen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle untersucht und bewertet, sowie Vorschläge für die Entscheidungsgrundlagen nach § 4 und eine entsprechende Handlungsempfehlung für den Bundestag und den Bundesrat erarbeitet.

(3) Hält die Kommission Regelungen dieses Gesetzes für nicht angemessen, so legt sie dies in ihrem Bericht dar und unterbreitet einen Alternativvorschlag.

(4) Im Rahmen ihrer Handlungsempfehlung nimmt die Kommission auch Stellung zu bisher getroffenen Entscheidungen und Festlegungen in der Endlagerfrage.

(5) Die Kommission beschließt bis zum 31. Dezember 2015 den Bericht zum Standortauswahlverfahren möglichst im Konsens, mindestens aber mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder. Sie ist berechtigt, diese Frist einmalig um sechs Kalendermonate zu verlängern. Diese Entscheidung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Kommission. Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Kommission nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2. Jedes Mitglied der Kommission kann eine eigene Stellungnahme abgeben. Stellungnahmen sind dem Bericht beizufügen.

(6) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie entscheidet über Geschäftsordnungsfragen mit einfacher Mehrheit.

(5) Die Ausschlusskriterien, die Mindestanforderungen, die Abwägungskriterien und die weiteren Entscheidungsgrundlagen werden von der Kommission als Empfehlungen erarbeitet und vom Deutschen Bundestag als Gesetz beschlossen.

(2) Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten

1. zur Beurteilung und Entscheidung der Frage, ob anstelle einer unverzüglichen Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen andere Möglichkeiten für eine geordnete Entsorgung dieser Abfälle wissenschaftlich untersucht und bis zum Abschluss der Untersuchungen die Abfälle in oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt werden sollen,
2. für die Entscheidungsgrundlagen (allgemeine Sicherheitsanforderungen an die Lagerung, geowissenschaftliche, wasserwirtschaftliche und raumplanerische Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen im Hinblick auf die Eignung geologischer Formationen für die Endlagerung sowie wirtsgesteinspezifische Ausschluss- und Auswahlkriterien für die möglichen Wirtsgesteine Salz, Ton und Kristallin sowie wirtsgesteinsunabhängige Abwägungskriterien und die Methodik für die durchzuführenden vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen),
3. für Kriterien einer möglichen Fehlerkorrektur (Anforderungen an die Konzeption der Lagerung insbesondere zu den Fragen der Rückholung, Bergung, und Wiederauffindbarkeit der radioaktiven Abfälle sowie der Frage von Rücksprüngen im Standortauswahlverfahren),
4. für Anforderungen an die Organisation und das Verfahren des Auswahlprozesses und für die Prüfung von Alternativen,
5. für Anforderungen an die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit sowie zur Sicherstellung der Transparenz

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Greenpeace-Konzept

+++ Voraussetzungen:

- Ausschluss des Standortes Gorleben
- Aufarbeitung der Vergangenheit

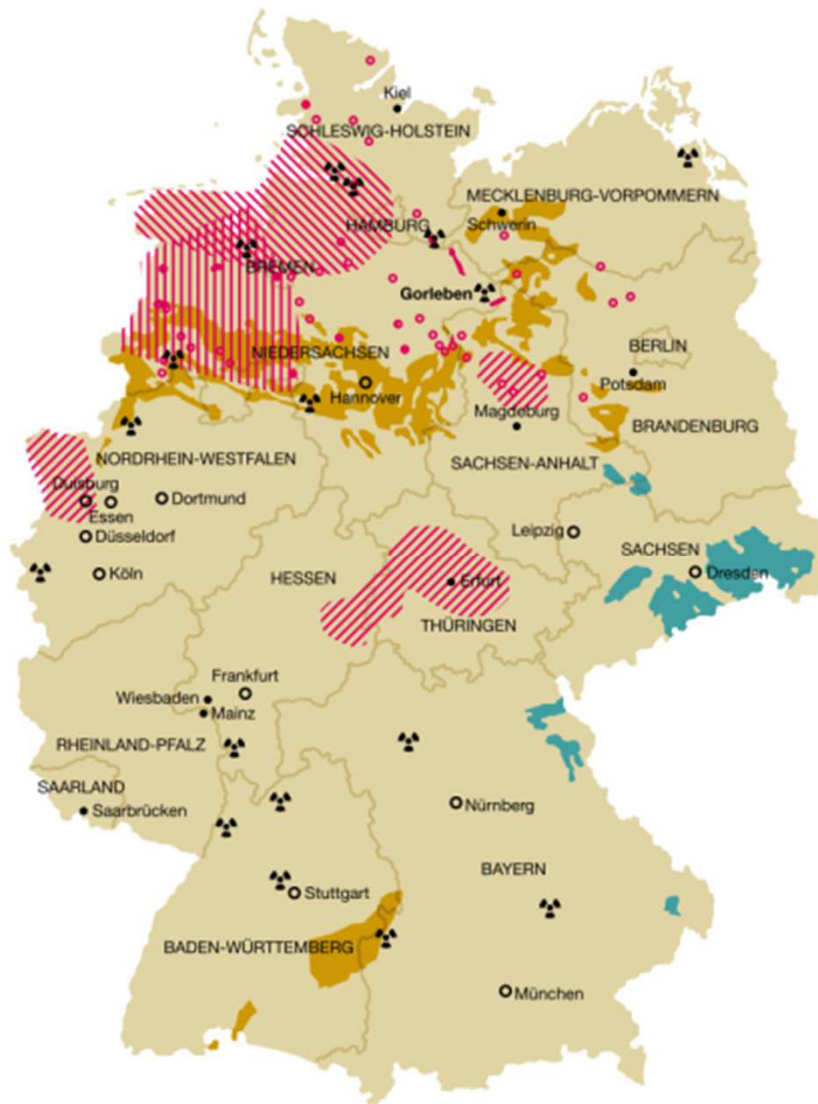
+++ Verfahrensablauf:

1. Ethikkommission formuliert gesellschaftliche Ansprüchen an Atommülllagerung u. ethische Prinzipien und Ziele („Leitplanken“), später dritte Kontrollinstanz im Verfahren
2. Interdisziplinäre Expertenkommission erarbeitet Vorschläge zum Umgang mit Atommüll / Kriterien und Auswahlverfahren
3. Erörterung und Überprüfung der Vorschläge zu Lagerkonzepten und Suchverfahren in potentiellen Endlager-Regionen und sämtl. Zwischenlager-SO mit Betroffenen aus Zivilgesellschaft
4. Kommission (Experten/Zivilgesellschaft) erarbeitet auf Grundlage der Ergebnisse Vorschlag für Bundestag für Suchgesetz.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Nur, wenn die Bürger das Suchverfahren akzeptieren, gibt es Hoffnung auf Akzeptanz für das Ergebnis des Verfahrens.



- Salzvorkommen**
 - Salzstöcke laut Liste der Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gesellschaft (KEWA), 1974
 - Salzstöcke BGR 1995
 - ▨ Region mit Rotliegend/Zechstein-Doppelsalinenen und Salzgesteinen des mittleren Keupers*
 - ▨ Region mit Vorkommen von Salzgesteinen des Ober-Jura (Münder Mergel)*
 - ▨ Region mit Steinsalzvorkommen in flacher Lagerung*
- Tonsteinvorkommen**
nach BGR 2007
- Granitvorkommen**
nach BGR 1994
- ☢ Zwischenlager nach §6 bzw. §7 Atomgesetz
(* nach BGR 1982, 1983, 1995, 2006, 2009)

GREENPEACE

www.greenpeace.de

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Die Kommission

Beispiele Experten:

+++ Hubert Steinkemper

1994-1999 Unterabteilungsleiter BMU Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen. „*Steinkemper ist Mitverfasser eines internen Strategiepapiers, das sich wie eine nuklearpolitische Kriegserklärung liest: Ständig ist darin von ‚der Gegenseite‘ die Rede, unabhängige Gutachterkommissionen werden ganz abgelehnt - es könne sich ja um ein im Zweifel pluralistisch besetztes Gremium handeln‘ (..).*“
SPIEGEL 18/1995

+++ Bruno Thomauske

1983 -2003 PTB und BfS, zuständig u.a. für Gorleben; 2003-2007 technischer GF KKW Vattenfall (nach Krümmel-Brand entlassen); 2003 -2009 Aufsichtsrat GNS; seit 2007 Präsidium DATF; seit 2008 Professor RWTH Aachen (von RWE subventioniert); 2010-2012 Gutachter im Rahmen der VSG, alleiniger Gesellschafter der nse, die ebenfalls für die VSG arbeitet (Auftragsvolumen 800.000 EUR), Prof. TU Clausthal, die wiederum die VSG überprüfen sollte

+++ Wolfram Kudla

Professor Dr. Ing. für Spezialtiefbau an der TU Freiberg: „*Salz hat den großen Vorteil, dass es kriecht. Aus dem Salzbergbau ist bekannt, dass Schächte oder Strecken mit der Zeit zukriechen, so dass sich die geöffneten Hohlräume von alleine wieder verschließen.*“

GREENPEACE

www.greenpeace.de